

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Tischauflagen -öffentlich-	2
Vorlagendokumente	
TOP Ö 10 Benennung der Mitglieder für den Konzessionsausschuss	
Beschlussvorlage 13-2/225/2024	3
TOP Ö 12 Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung	
Fraktionsantrag Nr. 102/2024 der Grünen Liste-Fraktion 30/092/2024	6
Stellungnahme TOP 12 STBR Innenstadt 30/092/2024	7
TOP Ö 14 Neuerlass der Grundsteuer-Hebesatzsatzung	
Stadtratsantrag Nr. 107/2024 der Freien Wähler "Grundsteuer-Hebesatzung" 30/094/2024	8
TOP Ö 19 Berufung in den Stadtrat von Frau Gabriele Stadlbauer	
Beschlussvorlage 13-2/227/2024	9
TOP Ö 20.1 Personelle Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien	
Beschlussvorlage 13-2/228/2024	11

Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 24.10.2024

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-------|---|----------------------------|
| 10. | Benennung der Mitglieder für den Konzessionsausschuss
Ergänzte Vorlage | 13-2/225/2024
Beschluss |
| 12. | Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Fraktionsantrag Nr. 102/2024 der Grünen Liste-Fraktion
Stellungnahme Stadtteilbeirat Innenstadt | 30/092/2024
Beschluss |
| 14. | Neuerlass der Grundsteuer-Hebesatzsatzung
Änderungsantrag Nr. 107/2024 der Freien Wähler | 30/094/2024
Beschluss |
| 19. | Berufung in den Stadtrat von Frau Gabriele Stadlbauer
Tischauflage | 13-2/227/2024
Beschluss |
| 20.1. | Personelle Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Tischauflage | 13-2/228/2024
Beschluss |

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-2/PS007, T. 2306

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/225/2024

Benennung der Mitglieder für den Konzessionsausschuss

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	24.10.2024	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Fraktionen und Ausschussgemeinschaften, 30

I. Antrag

Der neu geschaffene Konzessionsausschuss wird mit folgenden Mitgliedern besetzt.
Gemäß Geschäftsordnung besteht der Ausschuss aus einem Vorsitzenden und 10 Mitgliedern.

Vorsitz: Herr Christian Lehrmann

CSU: Frau Dr. Annika Clarner
Herr Harald Hüttner
Herr Adam Neidhardt

SPD: Herr Munib Agha
Frau Barbara Pfister

Grüne-Liste: Herr Marcus Bazant
Herr Peter Weierich

FDP/FWG: Herr Michael Székely

Erli/Klima: Herr Lukas Eitel

ÖDP: Frau Gerda-Marie Reitzenstein

Es werden keine Vertretungen nach § 9 Abs. 3 der Geschäftsordnung benannt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die Mitglieder für den Konzessionsausschuss der Stadt Erlangen werden gemäß Beschluss des Erlanger Stadtrates vom 25.07.2024 benannt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Besetzung erfolgt gemäß der Geschäftsordnung des Erlanger Stadtrates in der aktuell gültigen Fassung. Nach § 12 Nummer 11 setzt sich der Konzessionsausschuss aus einem Vorsitzenden und 10 Mitgliedern zusammen.

In diesem Sonderfall wird von der Vorschrift des § 9 Abs. 3 der Geschäftsordnung abgewichen und es werden keine Vertretungen für die Ausschussmitglieder benannt. Wie in der Beschlussvorlage 13/223/2024 (Sitzung des Stadtrats am 25.07.2024) ausgeführt, wurde werden hohe Anforderungen an die Neutralität und die Transparenz des Konzessionsverfahrens gestellt. Bei der Beratung und Beschlussfassung im Konzessionsausschuss wird zu beachten sein, dass die dort geteilten Informationen in Vorbereitung auf die Ausschusssitzungen (Beratungsunterlagen) sowie in den Ausschusssitzungen lediglich den Mitgliedern des Ausschusses zugänglich sind und nicht außerhalb des Konzessionsausschusses geteilt werden. Daher sollen auch möglichst wenig Personen über die Inhalte der Sitzung informiert sein, es wird also von der Benennung von Vertretungen der Ausschussmitglieder abgesehen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die vorgeschlagenen Personen werden per Beschluss benannt.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
- nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen

tel 09131/862781

buero@gl-erlangen.de

gl-erlangen.de

Erlangen, den 22.10.2024

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **22.10.2024**

Antragsnr.: **102/2024**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III/30**

mit Referat: **I/EB 77**

**Antrag zum Stadtrat am 24.10.2024:
TOP Ö 12 Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Steigerung der Straßenreinigungsgebühr führt zu einer erheblichen Mehrbelastung der Menschen in unserer Stadt, ganz besonders im Innenstadtbereich in den Reinigungsklassen Y und Z.

In den letzten Jahren sind die Bürger*innen durch steigende Kosten, u.a. für Energie, Wasser und Müllabfuhr bereits erhebliche belastet worden. Jetzt steht auch noch eine Erhöhung der Grundsteuer an.

Um die Gesamtbelastung, insbesondere der Menschen in der Innenstadt, zu reduzieren und eine dauerhaft tragbare Lösung zu finden, beantragen wir folgendes:

1. Reduktion des Kalkulationszeitraumes auf ein Jahr (2025) und erneute Evaluation
2. Dialog mit den Anwohner*innen der Innenstadt, z. B. über den Stadtteilbeirat Innenstadt
3. Halbierung des Reinigungszyklus in den Reinigungsklassen Y und Z (y: Fahrbahn und Gehweg alle zwei Tage, Z: Fahrbahn und Gehweg täglich)

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eva Linhart, Sprecherin für Finanzen und Haushalt
gez. Marcus Bazant, Fraktionsvorsitzender



F.d.R.: Wolfgang Most (Geschäftsführung)

Betreff: Stellungnahme des Stadtteilbeirats Innenstadt zur Straßenreinigungsgebühr (TOP12, Stadtrat am 24.10.24)

Lieber Oberbürgermeister Dr. Janik, liebe Stadtratsfraktionen,

einige Stadtteilbeiratsmitglieder haben in einem internen Treffen nochmals über die Straßenreinigungsgebühr beraten. Wir werden das Thema in der Stadtteilbeiratssitzung am 21.11. noch einmal öffentlich intensiv diskutieren, insbesondere mit Blick darauf, wie es in Zukunft mit dem Thema weitergehen kann.

Eine Mehrheit der Stadtteilbeiratsmitglieder hat als Ergebnis der bisherigen Diskussion folgende Stellungnahme gezeichnet, wir bitten um Berücksichtigung bei der Debatte am Donnerstag:
"Die Unterzeichnenden des Stadtteilbeirat Innenstadt halten es zur Reduzierung der Kosten der Anlieger*innen für eine denkbare Option, versuchsweise die Zyklen der Reinigung in den Reinigungsklassen X, Y, Z zu reduzieren. Der Stadtteilbeirat bittet auch zu prüfen, ob der Kalkulationszeitraum von zwei Jahren auf ein Jahr reduziert werden kann. Bei weiteren Diskussionen soll der Stadtteilbeirat rechtzeitig einbezogen werden."

Gezeichnet:

Carsten Dörfler

Monika Fath-Kelling

Paulus Guter

Matthias Schmid

Claudia Schorcht

Herbert Winkler

Saskia Coerlin (stv. Beiratsmitglied)

Simon Gritzmann (stv. Beiratsmitglied)



Freie Wähler Erlangen

im Stadtrat Erlangen, Nägelsbachstraße 49 a, 91052 Erlangen
 Stadträte Anette Wirth-Hücking und Prof. Dr. Gunther Moll,
 Tel. 0174/9855460, E-Mail: fwg.stadtraete@stadt.erlangen.de

Herrn Oberbürgermeister

Erlangen, den 23.10.2024

Dr. Florian Janik

Rathausplatz

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang:	24.10.2024
Antragsnr.:	107/2024
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	III
mit Referat:	II / 20

Änderungsantrag zum Stadtrat, Top 14 Neuerlass der Grundsteuer-Hebesatzung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Florian Janik,

Wir stellen zum Top 14 der Stadtratssitzung folgenden Antrag:

Anpassung der Grundsteuer B nicht wie vorgesehen auf 625 v. H., sondern um lediglich 100 Prozentpunkte auf 525 v. H.

Begründung:

Die Erhöhung der Grundsteuer B um 200 Prozentpunkte würde in einer Zeit, in der die Mieten in der Stadt bereits auf einem sehr hohen Niveau sind und die Energie- sowie weitere Kosten ebenfalls steigen, zusätzlichen Druck auf Mieterinnen und Mieter ausüben. Die Grundsteuer wird direkt über die Nebenkosten an die Mieter und Mieterinnen weitergegeben. Wohnraum wird damit in unserer Stadt noch unerschwinglicher.

Für die Stadt Erlangen ergibt sich, durch eine dadurch resultierende Erhöhung der Kosten der Unterkunft (Gemeindeanteil 2024: 30,5 %), zusätzlich eine Erhöhung auf der Ausgabenseite.

Mittelständische Betriebe, die als Rückgrat unserer lokalen Wirtschaft fungieren, würden ebenfalls stark belastet, da sie oft Eigentümer von Gewerbeimmobilien sind und die erhöhten Kosten entweder selbst tragen oder auf die Preise umlegen müssten.

Zudem machen die Einnahmen aus der Grundsteuer einen vergleichsweise geringen Anteil an den gesamten städtischen Steuereinnahmen aus (2023 betragen sie nur ca. 4%). Eine derart hohe Erhöhung des Hebesatzes ist daher nicht geeignet, um größere Haushaltslöcher zu stopfen, bringt jedoch erhebliche soziale und wirtschaftliche Folgen mit sich. Eine moderate Anhebung um 100 Prozentpunkte würde den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt wahren, ohne die negativen Effekte auf Mieter und Unternehmen übermäßig zu verstärken. Eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 525 v. H. wäre zudem aufkommensneutral.

Gez. Anette Wirth-Hücking

Gez. Gunther Moll

Stadträtin

Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-2/PS007, T. 2306

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/227/2024

Berufung in den Stadtrat von Frau Gabriele Stadlbauer

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	24.10.2024	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Erlanger Linke

I. Antrag

Frau Gabriele Stadlbauer wird mit Wirkung vom 25.10.2024 als Mitglied des Erlanger Stadtrates berufen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Frau Fabiana Girstenbrei hat darum gebeten mit Ablauf des 24.10.2024 von ihrem Stadtratsmandat entbunden zu werden. Der Stadtrat hat die Niederlegung des Stadtratsmandates in der heutigen Sitzung anerkannt.

Das nächste Ersatzmitglied aus dem Wahlvorschlag der „Erlanger Linke“, Frau Nina Weißkopf, hat die Berufung in den Erlanger Stadtrat schriftlich abgelehnt.

Als nächstes Ersatzmitglied rückt Frau Gabriele Stadlbauer aus dem Wahlvorschlag der „Erlanger Linke“ in den Stadtrat nach. Die Voraussetzungen für die Übernahme des gemeindlichen Ehrenamtes liegen vor. Frau Stadlbauer ist bereit die Berufung anzunehmen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Berufung und Nachrückung von Frau Gabriele Stadlbauer als Mitglied des Erlanger Stadtrates.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Durch Beschluss des Stadtrates gemäß Artikel 19 der Bayerischen Gemeindeordnung.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
- nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
OBM/13-2/PS007, T. 2306Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und PresseamtVorlagennummer:
13-2/228/2024**Personelle Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	24.10.2024	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Erlanger Linke

I. Antrag

Mit den vorgeschlagenen Änderungen besteht Einverständnis.

II. Begründung**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Durch das Ausscheiden von Frau Fabiana Girstenbrei aus dem Erlanger Stadtrat ist die Neubesetzung der freiwerdenden Sitze in den Ausschüssen und Gremien erforderlich.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Erlanger Linke schlägt folgende Änderungen ab dem 25.10.2024 vor:

Ältestenrat	Weitere Vertretung	Stadlbauer, Gabriele
HFPA	Weitere Vertretung	Stadlbauer, Gabriele
UVPA	Weitere Vertretung	Stadlbauer, Gabriele
BWA	Weitere Vertretung	Stadlbauer, Gabriele
KFA	Weitere Vertretung	Stadlbauer, Gabriele
BildungsA	Weitere Vertretung	Stadlbauer, Gabriele
SportA	Weitere Vertretung	Stadlbauer, Gabriele
SGA	Mitglied	Stadlbauer, Gabriele
JHA	Mitglied	Stadlbauer, Gabriele
AIB	Mitglied	Stadlbauer, Gabriele

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Durch Beschlussfassung gemäß § 2 Nr. 5 bzw. § 3 Nr. 11 der Geschäftsordnung für den Erlanger Stadtrat.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

ja, positiv*

- ja, negativ*
 nein

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
 nein*

*Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang